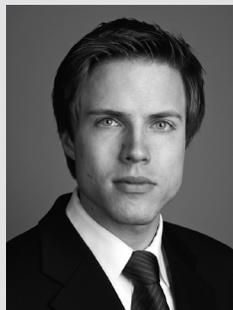


Drei Fragen an Nicolai von Hoyningen-Huene



Mitte Dezember 2013 brachen in dem 2011 neu gegründeten Staat Südsudan Kämpfe zwischen zwei rivalisierenden Gruppen aus. Im Verlauf der Kämpfe suchten fast 100 000 Menschen Schutz in Stützpunkten der UN-Mission (UNMISS). Wie geht die UNMISS mit dieser Situation um?

Unsere Stützpunkte waren nicht darauf ausgelegt, Vertriebene zu beherbergen, geschweige denn so viele über einen so langen Zeitraum. Beobachter gehen davon aus, dass tausende von ihnen getötet worden wären, hätte die

UNMISS nicht ihre Tore geöffnet. Abgesehen vom Schutz durch UN-Blauhelme brauchen die Vertriebenen Wasser, Lebensmittel, sanitäre Einrichtungen, Unterkünfte und eine medizinische Grundversorgung. Die einem Flüchtlingslager entsprechende Infrastruktur musste in Rekordzeit aus dem Boden gestampft werden. Humanitäre Akteure sind essentiell für die Versorgung der Vertriebenen. Zusätzlich wendet die UNMISS beträchtliche Ressourcen für den Unterhalt der Lager und den Schutz der Vertriebenen auf, während sie im Rest des Landes ebenfalls gefordert ist.

Zu Beginn hieß es, Südsudan würde nach seiner Staatsgründung von privaten und öffentlichen Hilfsorganisationen überschwemmt werden. Warum hat dies nicht die gegenwärtige Krise verhindern können?

In der Tat war die Hilfe der internationalen Gemeinschaft für den Staatsaufbau sehr großzügig. Der Konflikt im Dezember 2013 wurde aber durch den Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und seinem ehemaligen Stellvertreter Riek Machar ausgelöst. Hilfsorganisationen hätten eine solche politische Konfrontation wohl kaum verhindern können. Der Konflikt hat der Welt aber vor Augen geführt, dass gleich nach der Staatsgründung ein stärkerer Fokus auf Nationenbildung und Aussöhnung hätte gelegt werden müssen. Das Hauptaugenmerk der internationalen Gemeinschaft war darauf gerichtet, einen neuen Konflikt zwischen Sudan und Südsudan zu verhindern. Den Spannungen innerhalb Südsudans war nicht ausreichend Beachtung geschenkt worden.

Was muss von Seiten der Regierung und UNMISS getan werden, damit die Flüchtlinge wieder zurückkehren können und sich die Situation im Land allgemein stabilisiert?

Für die Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge bedarf es eines dauerhaften Waffenstillstands. Dann können sich die Konfliktparteien im Rahmen eines Friedensprozesses auf eine Interimsregierung und die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen einigen. Ein Versöhnungsprozess könnte Gräueltaten und Leid aufarbeiten und Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist alles viel leichter gesagt als getan. Die UN-Mission unterstützt den Friedensprozess in Addis Abeba. Gleichzeitig versuchen wir, das Leid der Menschen zu lindern, indem wir so viele wie möglich vor Gewalt schützen, Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Möglichen dokumentieren und veröffentlichen sowie dringend benötigte Hilfslieferungen militärisch sichern. Die Menschen sind von der derzeit schlimmsten Nahrungsmittelkrise der Welt betroffen. Trotz enormer Hilfslieferungen durch die internationale Gemeinschaft könnte Anfang 2015 eine Hungersnot ausbrechen.

Nicolai von Hoyningen-Huene arbeitet seit Juni 2013 in der UN-Mission in Südsudan (UNMISS) im Büro des Residierenden Koordinators Toby Lanzer, der zugleich auch Stellvertretender UN-Sonderbeauftragter sowie Humanitärer Koordinator für Südsudan ist.

verzeichnenden gewaltsamen Konflikte auf lange Sicht nicht erklären. Eine bisher nur angedrohte Abkehr vieler afrikanischer Staaten vom ›Projekt Internationaler Strafgerichtshof‹ wäre ein empfindlicher Rückschlag.

Viele Rückschläge kann sich ein Gericht, welches der Weltpolitik auf die Füße treten soll, aber auf die Finanzierung seiner Mitgliedstaaten angewiesen ist, nicht leisten. Es muss zeigen, dass es zeitnah und effektiv Täter zur Verantwortung ziehen kann. Es muss transparenter werden und auch im Inneren offener werden. Der Grad der geschwärzten oder als geheim eingestuften Dokumente darf nicht Überhand nehmen. Derzeit sind die internen Geheimhaltungsvorgaben weder für Externe noch für Interne nachvollziehbar. Eine Optimierung der Beweis- und Verfahrensordnung, Vermittlung von Entscheidungen und Strategien und eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen sind das Gebot der Stunde. Die Staatenwelt ist aufgerufen, das Gericht finanziell und ideell zu unterstützen. Die Übernahme der Kosten für die Sudan- und Libyen-Verfahren durch die Vereinten Nationen wäre ein erster Schritt. Die Verweigerung einer Situation außerhalb des afrikanischen Kontinents ein weiterer.

Ausblick

Die Pubertät ist bald vorbei. Der IstGH wird erwachsen und plant seinen Auszug. Die übergangsweise genutzten Gebäude bieten der auf Dauer eingerichteten Institution keinen ausreichenden Platz. Die ersten Streitigkeiten mit den Eltern sind überstanden. Der Konflikt mit der Afrikanischen Union ist zwar nicht beigelegt, aber merklich abgekühlt. Selbst die ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder stehen derzeit nicht mehr auf Kriegsfuß mit dem Gericht. Die Zeichen stehen auf vorsichtige Annäherung. Schließlich hat das Gericht von seinen älteren Geschwistern lernen können und wird mit der schrittweisen Übernahme¹¹ hochqualifizierten Personals weiter von der Vorarbeit der Tribunale profitieren. Auch wenn in der Vergangenheit versäumt wurde, aus der Vergangenheit zu lernen und erfolgreiche Ansätze und Verfahren zu übernehmen, ist in den letzten Jahren die Erkenntnis gereift, dass jedes internationale Gericht anders ist, aufgrund der Wesensverwandtschaft jedoch von den Erfahrungen der Vorgänger profitieren kann und sollte. Der IstGH ist auf dem richtigen Weg und von der internationalen Bühne nicht mehr wegzudenken.

¹¹ Die Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda sind im Begriff, die letzten Verfahren abzuschließen.